

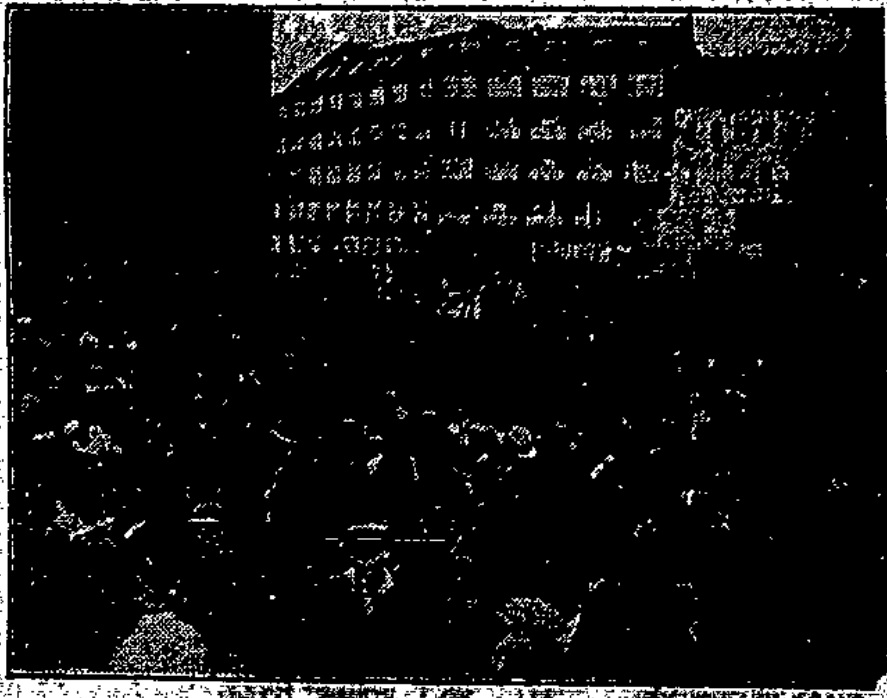
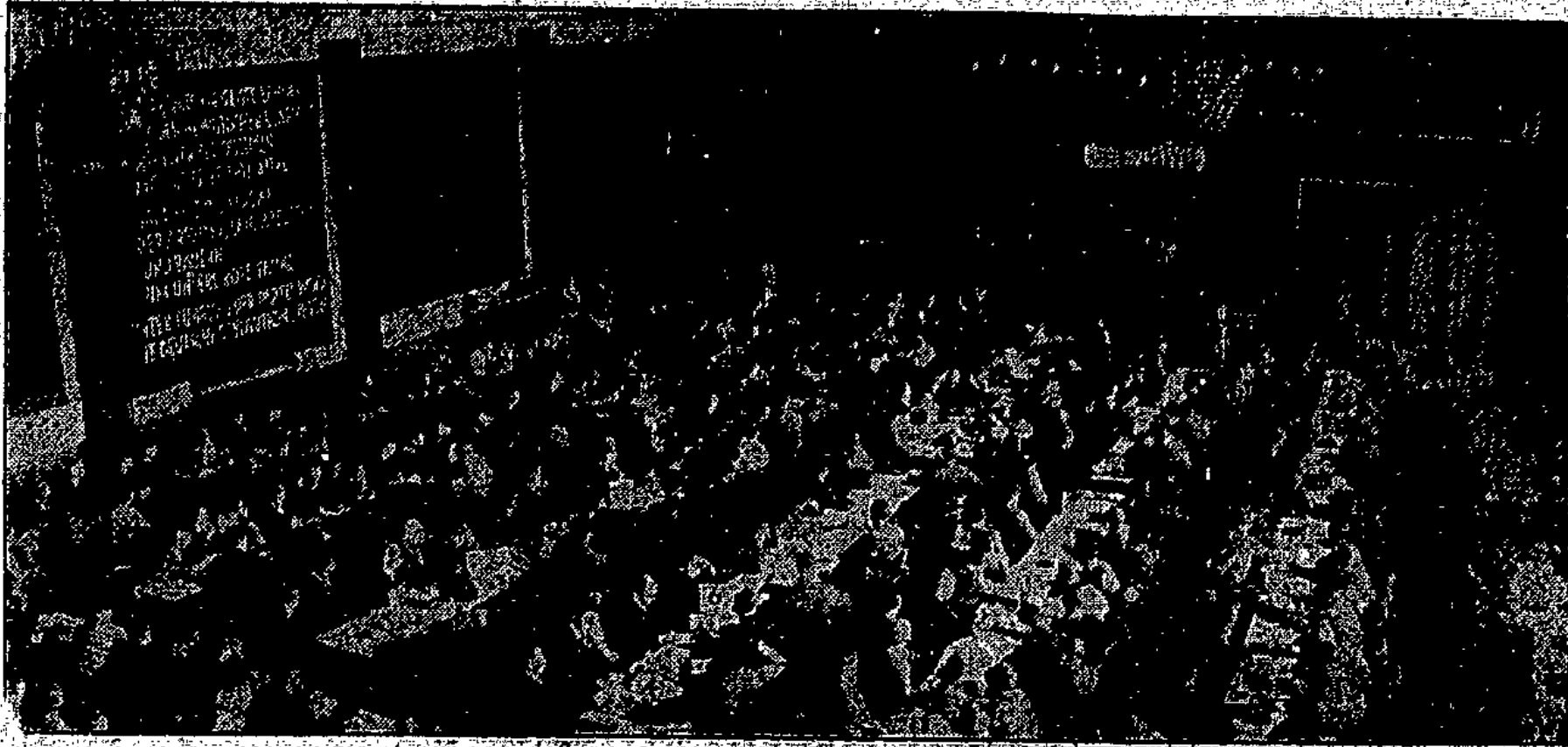
Arbeiter-Zeitung

Verkaufpreis: In der Stadt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Besondere Preis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,80 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M. Auslagenpreis: Die sechspaltige Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellerräume 7 Pf., Die dreispaltige Millimeterzeile ober deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 10. Tel. 240 89.
Postfach 101; Breslau 444, Reibstockstr. 11, Kreuzberg
Straße 50. Tel. 230 02. Druckerei des Redaktionsgebäudes
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Gleititz, Christl. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wallstraße 11, Tel. 1504;
Görlitz, Rühl 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8-12 Uhr. Verlags-
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schöler, Postfach 101
u. 14. Breslau. — Druck: „Reibstock“-Druck, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Der bolschewistische Parteitag an der Arbeit



Am Sammelplatz eines Stadtteils zur Sonntagsabend-Kunde

Thälmann zeichnet die Generallinie der Kommunistischen Partei

2. Verhandlungstag

Berlin, 10. Juni.

Der zweite Verhandlungstag des 12. Parteitages der SPD. wurde durch die Begrüßungsansprachen der Vertreter unserer Bruderparteien der Schweiz und Schweden eröffnet. Nach der Begrüßung durch die ZK. liest Genosse Federer in großer Zahl eingegangene Begrüßungstelegramme, u. a. von Belegschaften der größten Betriebe aus dem Ruhrgebiet, vor. Genosse Federer gibt dann einen Überblick über die Zusammensetzung des Parteitagés, der den proletarischen Charakter unserer Partei in anschaulicher Weise zum Ausdruck bringt.

Die übergroße Mehrheit der Delegierten sind Arbeiter,

von denen ein außerordentlich großer Prozentsatz in Großbetrieben beschäftigt ist. Von den Delegierten sind 30 Genossen nach jahrelanger Mitgliedschaft aus den Gewerkschaften ausgeschliffen worden. Nur vier Genossen sind gewerkschaftlich nicht organisiert, davon zwei Hausfrauen und zwei dem Mittelstand angehörende Delegierte. Mehr als die Hälfte der Parteitagésdelegierten sind vor 1914 Mitglied der SPD. gewesen. Ueber die Hälfte hat schon für die Partei im Zuchthaus oder Gefängnis gesessen.

Unter allgemeiner Bewegung verliest dann Genosse Federer einen

Brief, den ein Teilnehmer des Magdeburger Parteitagés an den 12. Parteitag der SPD.

gerichtet hat. Den Inhalt des Briefes, der Mitteilung von einer geheimen Besprechung zwischen Wels, Börgiebel, Toni Sender, Aufhäuser, Solimann und anderen Sozialdemokraten in Magdeburg macht, werden wir morgen veröffentlichen.

Nach der Begrüßung durch die Kommunistische Studentenfraktion und dem Roten Frauen- und Mädchenbund erteilte Genosse Federer dem

Genossen Thälmann

das Wort zu seinem Referat über „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.“ Der Vorsitzende der Partei wird bei seinem Eintritt in den Saal mit dem Gesang der Internationale empfangen.

In einem breit angelegten, durch gründliche umfassende Analyse durch proletarischen Internationalismus, revolutionären Kampfeifer und beharrliche Schriftkritik ausgezeichneten Referat nahm Genosse Thälmann zu den Grundlinien des Kampfes in der gegenwärtigen Periode vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterpartei Stellung. Das Referat, dessen Inhalt wir an anderer Stelle unseres Blattes wiedergehen werden, gliedert sich in fünf Abschnitte und führt, ausgehend von den Beschlüssen des 4. Kongresses der SPD. und

des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale auf der in diesen Beschlüssen geschaffenen Grundlage. In den einzelnen Abschnitten behandelt Genosse Thälmann folgende Themen:

1. Die internationale Lage und die Entwicklung der Kommunistischen Internationale.
2. Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland.
3. Die Rolle des Reformismus und seine Entwicklung zum Sozialfaschismus.

Eine bewußt herbeigeführte Pleite

Steuerfreie Reichsanleihe bringt nur 177,7 Millionen

Berlin, 11. Juni. Die Hilferding-Anleihe hat eine Pleite erlitten. In der Regierungspresse kommt der Regenschauer über das „unfreundliche Ergebnis“ voll zum Ausdruck. Statt des ursprünglich vorgesehenen Betrages von 500 Millionen Mark hatte man in Erwartung der Sabotage durch das Schwer- und Finanzkapital die Reichsanleihe schon auf 300 Millionen Mark herabgesetzt. Trotzdem sind nach amtlicher Mitteilung nur 177,7 Millionen gezeichnet worden, obwohl man die Zeichnungsfrist um acht Tage, bis zum Sonnabend, verlängert hatte. Wie die bürgerliche Presse hervorhebt, hat sich das mittlere und kleinere Kapital an der Zeichnung der Anleihe in erster Linie beteiligt, während das Großkapital, obwohl es daselbe der Gewinnanteil infolge der Steuerfreiheit viel stärker war, sich von der Zeichnung fernhielt. Diese Tatsache unterstreicht die bewußte Sabotage der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, die bereits in den letzten Verhandlungen der Pariser Reparationskonferenz durch die Zurückziehung des Defizits in der Reichskasse zu beschaffen. Dem wird die Müller-Regierung bestimmt nachkommen.

Das 31. Opfer

Der Schlossermeister Lindau, der am 1. Mai, um 134 Uhr, in einem Fahrradgeschäft am Bülowplatz, in Berlin, durch die Ladentür hindurch angestossen wurde, ist im Berliner Kantenzug am Friedrichshagen am 8. Juni seinen Verletzungen erlegen. Der Tod wurde durch die Folgen eines Oberschenkelsturzes herbeigeführt.

4. Der Charakter der Massenopposition in Deutschland.
5. Die Politik der Partei und die innerparteiliche Lage.
6. Die Kampfschlüsse, die Perspektive der weiteren Ausweitung und die hauptsächlichsten Aufgaben der Partei.

Das Referat des Genossen Thälmann wurde vom Parteitag mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Darauf wird noch das Referat über die Aufgaben der Kommunistischen Jugendverbände vom Parteitag entgegen-

genommen. Nach der Nachmittagspause, vor Beginn der Fortsetzung des Referats des Genossen Thälmann, teilt Genosse Federer dem Parteitag den Beschluß der früheren SPD-Ortsgruppe in der Eifel mit, die auf Grund einer Diskussion über den Magdeburger Parteitag beschlossen hat,

aus der SPD. auszutreten und den Eintritt in die einzige Arbeiterpartei, in die SPD., zu vollziehen.

Lindau war an den Demonstrationen der Berliner Arbeiter völlig unbeteiligt und besand sich als harmloser Käufer in dem betreffenden Fahrradgeschäft.

Der m'halidte schwedische Ozeanflug

Nach Meldung aus Reykjavik haben sich die schwedischen Ozeanflieger infolge Bruches des Benzinrohrs gegen Mitternacht gezwungen gesehen, etwa 200 Kilometer östlich von Reykjavik bei Staptaroz an der Südküste Islands notzulanden. Von Reykjavik ist eine Hilfsexpedition zu den Fliegern abgegangen.

Müllerkabinett hat Sorgen

Berlin, 10. Juni. Die Reichsregierung beabsichtigt, anlässlich der Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailleser Vertrages sich am 28. Juni mit einem großen Manifest an das deutsche Volk zu wenden.

Unfriede in Persien

London, 10. Juni. Ein Funkpruch aus Schiras in Persien teilt mit, daß die Stadt von aufständischen Stämmen so gut wie eingeschlossen ist. Innerhalb der Stadt sind Regierungstruppen zusammengedrängt. Truppenverstärkungen sind im Anmarsch.

Der Völkerbundsrat hat dem Antrag Dr. Stresemanns entsprochen und die deutsche Beschwerde über die Entgeignung des deutschen Grundbesitzes in Polen als bringlichen Fall auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt.

Das neue englische Kabinett hat am Montag seine erste Sitzung abgehalten.

Die Textilbürokraten erklären:

Zur bedingungslosen Kapitulation bereit

Eine Pressebesprechung, zu der die „A.Z.“ nicht geladen wurde — Textiltönige drohen Ausdehnung der Aussperrung an — Arbeiter, wählt Kampfleitungen!

Unter der Überschrift „Verbesserung der Schließens-Front“ bringt die „Textil-Zeitung“, das Organ der Textilunternehmer, die Meldung, daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie in einer Sitzung beschloffen hat, die schließenden Textilunternehmer in ihrem „Existenzkampf“ weitgehend zu unterstützen.

Lohnerhöhung und 30prozentige Ausbesserung des Einkommens zu arbeiten. Das zynische Eingeständnis des Riesliwits über die Aufforderung an die Arbeiter seitens der Gewerkschaftsbürokraten, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht die Führer in diesem Kampfe sein können.

Die Führung muß in den Händen selbstgewählter Kampfleitungen liegen. Textilarbeiter, schmettert die Einheitskampffront in den Betrieben! Schmetzt die Organisten mit den Unorganisten zu einem eisernen Einheitsblock zusammen! Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorwärts!

Die schließenden Gewerkschaftsbürokraten geben ihre Absichten bekannt

Die Ansichten und Absichten der schließenden Bürokraten der drei Textilarbeiterverbände zu der Aussperrung wurden u. a. anlässlich einer von den Verbänden am Freitag voriger Woche organisierten Pressebesprechung zum Besten gegeben.

Todesurteil gegen 70 Sowjetrußen bevorstehend

Schanktafel soll im Auftrage der Imperialisten einen Krieg mit der Sowjetunion provozieren

Schanghai, 8. Juni. Wie aus Chardin gemeldet wird, erklärte der Generalstaatsanwalt beim chinesischen Obersten Gericht in einer Unterredung, die Angelegenheit der im sowjetrußischen Generalkonsulat verhafteten Personen solle unter das im Jahre 1928 in Kraft getretene Strafgesetz, das den Urhebern kommunistischer Verschwörungen gegen die chinesische Revolution die Todesstrafe zuerkennt.

Das Befehl nicht weniger, als daß die 70 im Sowjet-Generalkonsulat in Chardin verhafteten Russen zum Tode verurteilt werden sollen. Der politische Sinn dieser ungeheuerlichen Maßnahme ist klar: Im Auftrage der Imperialisten soll die chinesische Regierung die Sowjetunion zum Kriege provozieren.

Jörgiebels neuester Streich

Aus Berlin wird uns über einen neuen Schandstreich Jörgiebels folgendes berichtet: Die Rätche-Kollwitz-Schule in Neu-Isolin, ein von Sozialdemokraten geleitetes Lyzeum, wollte am 15. Mai unter Führung zweier Lehrkräfte eine Anzahl Schülerinnen nach Paris reisen lassen, um Land und Leute des „Erbesandes“ kennenzulernen, Sprachkenntnisse zu vertiefen und im Sinne von Völkerverständigung und Völkerverbrüderung zu wirken.

Auf der Pressebesprechung, von der wir aus dem oben geschilderten Umstände erst nachträglich aus anderen Blättern Kenntnis erhalten haben, schilderte der Gewerkschaftssekretär Riesliwit Berlin die Ursachen und den Stand der Aussperrung.

Das befagt nicht weniger, als daß die 70 im Sowjet-Generalkonsulat in Chardin verhafteten Russen zum Tode verurteilt werden sollen.

Der politische Sinn dieser ungeheuerlichen Maßnahme ist klar: Im Auftrage der Imperialisten soll die chinesische Regierung die Sowjetunion zum Kriege provozieren.

Für das internationale Proletariat ist höchste Wachsamkeit geboten! Die Zeichen stehen auf Sturm!

Überheiten über „verschuldeten“ RFB.

Der „Sozialistische Pressediener“ läßt wieder einmal eine Alge plagen: „Der RFB wäre durch das Verbot vor dem Belenntnis des finanziellen Bankrotts gerettet worden. (1) Einer Schuldenlast von rund 100 000 Mark stünden kaum 12 000 Mark an Aktiven gegenüber.

Nichts kennzeichnet diesen Polizeiozialisten Jörgiebel ärger, als das Lob der nationalstischen, altheutisch-darwinistischen Presse. Die „Deutsche Zeitung“ vom 8. Juni 1929 schreibt, nachdem sie Herrn Jörgiebels Maßnahme preist, u. a.: „Es ist bemerkenswert dabei, wie sich der Sozialist Jörgiebel gewandelt hat.

„Den Arbeitern ist (von den Gewerkschaftsführern) anempfohlen worden, auch trotz tariflosen Zustandes zu alten Löhnen weiterzuarbeiten. Dies wurde durch die katastrophale Aussperrung verhindert.“

Damit gab Riesliwit offen zu, daß das Ziel der Bürokraten nicht eine Erhöhung der Hungerlöhne ist, sondern lediglich ihre Beibehaltung.

Ebenso bezeichnend ist auch die Art, in der die sozialdemokratischen Blätter Schließens den Bericht von der Pressekonferenz aufmachen.

„Man darf nicht dauernd nur die Not der Industrie betonen und dabei die Not der Arbeiterschaft vergessen. Die Löhne der schließenden Textilarbeiter sind auf die Dauer unhaltbar.

Diese alberne Notiz ist bezeichnend. Jetzt verstehen wir, warum Grzesinski seinen Geheimrat zur schärfsten Verfolgung der RFB-Kameraden erließ, und gleichzeitig die Jagd auf Windjäden,

Matteotti - Gastone Sozzi

Dem Gedenken zweier Opfer des Faschismus

Ihr könnt mich ermorden, aber nicht die Idee, die in mir lebt. (Die letzten Worte von Matteotti an seine Mörder.)

Allein im großen Prozeß gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens verurteilte das Sondertribunal 18 Angeklagte zu 400 Jahren Zuchthaus.

Die „Bergmacht“ wiederholt also die von den Unternehmern aufgestellte Behauptung, daß die Industrie Not leidet. Wenn sie gleichzeitig auch die Tatsache der bestehenden Hungerlöhne nicht abstreiten kann, so vermeidet sie es doch bewußt, die Textilarbeiter zum Kampf für Lohnerhöhung aufzufordern und konkrete Vorschläge zur Kampfesführung zu machen.

Gestern vor fünf Jahren, am 10. Juni 1924, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete der italienischen Kammer, Giacomo Matteotti, auf offener Straße von Faschisten ermordet, als er zum Parlamentengebäude fuhr, um dort eine Rede gegen den Faschismus zu halten.

Mit raffinierten, unmenschlichen Folterungen versuchte man, und tut es heute noch, Mittelungen über geheime Arbeit der kommunistischen Organisationen zu erpressen.

Die „Bergmacht“ schließt den Artikel mit der Aufforderung: „Mögen sie (die Textilarbeiter) diesen Kampf bejennen, aber hart und entschlossen zum erfolgreichen Ende führen.“

Wie der „Besonnenen“ Kampf in Wirklichkeit aussieht, zeigen die vielen Meldungen über Streikbrecherarbeit, die von den reformistischen Kampfleitungen als „Notstandsarbeit“ in vielen Betrieben genötigt wird.

Die Ermordung Matteottis fiel zeitlich zusammen mit der ersten schweren Krise des Faschismus. Ein Teil der Kleinbourgeoisie, die anfangs willenlos den Parolen des Faschismus gefolgt war, erkannte langsam an den konkreten Tatsachen, daß der Faschismus lediglich eine Diktatur des Großkapitals sei und geeignet, auch das Kleinbürgertum zu schädigen.

Im Dezember 1927 wurde in Mailand das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens, Gastone Sozzi, verhaftet. Den Angehörigen wurde jede Auskunft verweigert. Bald wurde Sozzi von Mailand nach dem berüchtigten Gefängnis in Perugia gebracht. Kurz nach seiner Einlieferung traf in dem Gefängnis auch der Militäranwalt des Sondertribunals und ein Inspektor des Innenministeriums ein.

„Textilarbeiter, folgt nicht den Parolen der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Seid bereit, unter den alten Bedingungen wieder in den Betrieb zu gehen!“

Das Referat des Gewerkschaftssekretärs Riesliwit auf der Pressebesprechung und die darüber in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Berichte zeigen eindeutig, welche große Gefahr den schließenden Textilarbeitern droht.

Durch diese innenpolitischen Schwierigkeiten wurde der Mord an Matteotti zum Signal einer breiten antifaschistischen Bewegung. Es gelang jedoch Mussolini bald, den liberal-reformistischen Teil der Opposition dadurch unschädlich zu machen, indem er ihm das Gespenst des „roten Terrors“ zeigte.

Gastone Sozzi und Giacomo Matteotti sind einige der besten Bekannten in der langen Reihe der Opfer des Faschismus. Der Sozialdemokrat Matteotti, der Kommunist Sozzi, mahnen das internationale Proletariat, in geschlossener Front den Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Verrat an den Bergarbeitern in Vorbereitung

Statt 1.50 Mf. nur 25 Pfg. Lohnzulage

Die Lohnbewegung der ober-schlesischen Bergarbeiter ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Wie wir bereits am Sonnabend gemeldet haben, ist für den Steinkohlenbergbau ein Schieds-spruch gefällt worden. Dieser Spruch soll die neuen Löhne bis 31. Oktober 1930 festlegen. An Zulage bietet er den Bergarbeitern vier Prozent. Der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbelegschaften betrug im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau im Dezember vergangenen Jahres 6,28 Mark und dürfte sich seitdem in gleicher Höhe bewegt haben. Eine vierprozentige Erhöhung des Durchschnittslohnes bedeutet genau eine

Zulage von 25 Pfennig pro Schicht
oder
beim Pfennig pro Stunde.

Belanntlich fordern die Bergarbeiter eine Zulage von 1,50 Mf. pro Mann und Schicht. Darüber hinaus streben sie bereits seit Jahren die Angleichung ihrer Löhne an die des Ruhrbergbaues an, wo die Schichtverdienste zurzeit etwa zwei Mark im Durchschnitt höher sind als in Oberschlesien.

Der vierprozentige Schieds-spruch mit der langen Vertragsdauer ist eine einzige Provokation und muß einmütig abgelehnt werden.

Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten hatten bekanntlich eine Forderung von 70 Pfennig aufgestellt. Trotz der Unzulänglichkeit dieser Forderung liegen die Gewerkschaftsbürokraten im engen Kreise der Forderung, daß sie sich mit einer Zulage von etwa 80 Pfennig zufriedengeben würden. Diese Tatsache zeigt die große Gefahr auf, in der sich die ober-schlesischen Kumpels zurzeit befinden.

Unweigerlich werden die Gewerkschaftsbürokraten, getreu der Koalitions-politik ihrer Minister, die Verbindlichkeits-erklärung des gefällten Schieds-spruches betreiben.

Kumpels, Alarm!

Nach nicht einer von euch darf auf den reformistisch-christlichen Verrat hereinfallen!

Lehnt den Lohnschieds-spruch einmütig ab!

Beschließt, auch einer eventuellen Verbindlichkeits-erklärung nicht zu unterwerfen!

Wählt auf jeder Schichtanlage eine Kampfleitung!

Vormärts, in geschlossener Einheitsfront unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Kampf für die auf-gestellten Forderungen!

Um 1. Juli Mieterhöhung

Die bei den Stadtverordnungen neu festgesetzten erhöhten Steuer-sätze, die gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurden, wirken sich schon aus. Wie üblich, werden die Steuern auf die breite Masse der Bevölkerung umgelegt. Die Hauspächter beschließen in der letzten Monatsversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins, auf Grund der Erhöhung der Grundvermögenssteuer, vom 1. Juli ab die gesetzlichen Miete um ein Prozent zu erhöhen.

Die Arbeiter müssen also wieder bezahlen. Das reaktionäre Stadtparlament in Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, beschließt nur, und geht gegen die Kommunisten, weil sie diesen Raubbau auf die Taschen der Arbeiterschaft nicht mitmachen, mit der Polizei vor. Arbeiter, merkt euch das bei den diesjährigen Gemeindevahlen.

Unterstützungszahlungen

Die nächste Zahlung der Zusatzrente zu den Versorgungsgebühren an die hierorts wohnenden empfangsberechtigten Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenterlebenden für den Monat Juni 1929 erfolgt am Freitag, dem 14. Juni 1929, und zwar für die Buchstaben A bis L einschließlich von 8,30 bis 11 Uhr vormittags, und für die Buchstaben M bis Z einschließlich von 11 bis 14,30 Uhr im städtischen Wohlfahrtsamt, Poststraße 16, in der Parade.

Die Zahlung erfolgt nur an einem Tage, auch während der Mittagspause.

Rathbor

Drei Tote

Von den vierzehn Opfern bei dem schweren Unglück am Kummel-platz sind bis jetzt drei ihren Verletzungen erlegen. Polizei und Staatsanwaltschaft sind bemüht, einen Schuldigen zu finden. Der Betrieb des Karussells wurde eingestellt.

Neisse

Arbeitslose sollen vergiftet werden!

U. R. Trostlose Zustände herrschen immer noch am Neisser Arbeitsmarkt. Weit über 600 Arbeitslose pilgern jeden Tag den Weg zum Arbeitsamt und erhalten dort auf ihre Frage nach Arbeit immer zur Antwort: „Es ist keine Arbeit vorhanden.“ „Sie kommen noch nicht in Frage“ usw. Mit knurrendem Magen, mit den letzten Fetzen am Leibe, großem Bedarf an Nahrung, ziehen die Arbeitslosen wieder ab. Vom Hunger zum Wahn werden sie auf Grund ihres Notstandes verhöflicht und beschimpft. Von Seiten der Ausbeuter, die heucheligen, aus dem Heer der Arbeitslosen billige Ausbeutungsböjote zu ziehen, sich aber verrechneten, da die Arbeitslosen keine Streikbrecher und Lohnbrüder sind, wird noch besonders auf die Arbeitslosen geachtet. So erlaubt sich ein Bauerngutsbesitzer von der Märchengasse die Gemeinheit, zu sagen:

„Die Erwerbslosen sind nur wert, mit Frau und Kindern in einen großen Sad gestopft und dann mit Giftgas erledigt zu werden.“

Arbeitslose, sollt ihr euch immer und immer wieder von solchen Stroichen beschimpfen lassen? Ihr seid kein Freiwild für das Ausbeuterpad. Reht euch ein in die rote Kampffront und kämpft gegen diese Sorte von Menschen bis zu ihrer völligen Ausrottung.

Cosel

Bergung des gesunkenen Rahnes

Nachdem vor einigen Tagen der Bergungsdampfer der Reederei-firma Gaejar Wolheim in Cosel-Graben eingetroffen und die Bergungsarbeiten aufgenommen hat, ist die Arbeit zur Hebung des gesunkenen Rahnes rüstig vorwärts geschritten. Der größte Teil der Kohlenladung ist mittels Greifern bereits geborgen worden, so daß die Hebung des Fahrzeuges selbst mittels Spindelwinden bevorsteht.

Oppeln

Erfolgreiche Werbung für die Partei

Die Zelle Vorstadt hat am Freitag vergangener Woche eine öffentliche Werbeversammlung abgehalten. Der Besuch war nicht besonders, aber trotzdem konnten für die Partei sieben Aufnahmen gemacht werden. Aus der Versammlung heraus kam der Wunsch, öfter derartige öffentliche Zellenversammlungen abzuhalten.

Deutschnationaler Idiotismus

Herr Dr. Knaal, der Vorsteher von der Zeitung mit dem mageren Vogel, leistet sich wieder einmal ein Huzarenstückchen. Für seine Hehe zum Ueberfall auf die polnische Theateraufführung soll er vor den Kahl gegogen werden. Das ganze Ding wird natürlich, wie gegen deutschnationale Heher üblich, sehr harmlos sein. Die Deutschnationalen wollen in ihrer krankhaften Ueberheblichkeit eine Staatsaktion machen. Große Plakate mit der Ueberschrift „Oberschlesien in Gefahr“ wurden geklebt und fordern zu einer Protestversammlung auf. Herr Dr. Knaal, der kleine junge Mann der Deutschnationalen, wird da sprechen.

Ist das nicht schon mehr Idiotismus als die Polizei erlauben kann? Wenn noch mehr solcher Menschen herumlaufen würden, wäre es wirklich eine Gefahr für Oberschlesien.

Pflegekinder

Nach § 20 des Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes bedarf derjenige, der ein Pflegekind aufnimmt, der vorherigen Erlaubnis des Jugend-amtes. Der Antrag kann schriftlich, in dringenden Fällen mündlich, beim Jugendamt der Stadt Oppeln, Masapaner Straße, Banden, gestellt werden. Der Antrag muß enthalten:

Vor- und Zunamen des Pflegekindes, Ort und Tag seiner Geburt, sein Bekenntnis, Namen, Stand und Wohnort seiner Eltern, bei unehelichen Kindern Namen und Stand und der Mutter, des Vormundes, endlich Namen, Stand und Bekenntnis der Pflegepersonen sowie genaue Angaben über ihre Wohnung.

Steht von vornherein fest, daß ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig in vorübergehende Bewahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung beim Jugendamt. Alle früher erteilten Erlaubnis-scheine sind ungültig geworden.

Gaß!

Sonntag, den 16. Juni, um 16 und 20 Uhr, treten in Oppeln im alten Schützenhaus das erstmal die in Oberschlesien mit großem Erfolg tätigen

„Roten Bergknappen“

auf. Arbeiter, besucht zahlreich diese Veranstaltung!

Schwinder gegen Schwinder

In drei Wochen ist hier beabsichtigt, einen großen Kummel gegen die Kriegsschuldlinge abzuhalten. Mit Musik und anderem Lamtam soll derselbe auf dem Wilhelmplatz am 29. Juni stattfinden. Damit denken einige Drahtzieher, das Volk über die wahren Ursachen des Weltmordens hinwegzuläugeln und wieder zum neuen Krieg zu führen.

Oppositionelle Eisenbahner-Konferenz in Oppeln

Am Sonntag fanden sich in Oppeln die oppositionellen Eisenbahnerfunktionäre zu einer Konferenz zusammen. Aus fast allen größeren Dienststellen Oberschlesiens und einigen Dienststellen Schlesiens waren die oppositionellen Kollegen erschienen. Partei-lose und Kommunisten, ein großer Teil noch im Einheitsverband organisiert, ein Teil ausgeschlossener Kollegen, waren vertreten. Der Bezirksleiter des Einheitsverbandes, Blättermann, versuchte noch im letzten Moment die Konferenz zu sabotieren, jedoch vergebens.

Die Konferenz beschäftigte sich mit den Punkten: 1. Rücktritt auf die Betriebsräte-wahlen und Vorbereitungen für die Klassen-wahl; 2. Das „Eisenbahner-Gesetz“ als Waffe im Kampf gegen die Verwaltung; 3. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft und die Reparationskonferenz im Zusammenhang mit der Lohnbewegung. Die Diskussion, die von den Kollegen geführt wurde, war sehr ergebnisreich. Vor Eintritt in die Mittagspause wurde ein Telegramm an den 12. Reichs-partei-tag der SPD. einstimmig beschlossen und abgesandt. Anschließend an den dritten Punkt der Tagesordnung, zu dem das Mitglied des Hauptbetriebsrats, Genosse Senhrosch sprach, wurde folgender Bescheid einstimmig angenommen:

Die Eisenbahnerkollegen

Telegraphisch

Wochen und Monate sind die Eisenbahner wegen Erhöhung ihres Lohnes verzogen und verärgert worden. Ohne Rücksicht auf die unermesslich lange Arbeitszeit und den elenden Hunger-lohn, haben die Verbände der Arbeitgemeinschaft eine Forderung von nur sechs Pfennig die Stunde aufgestellt.

Aber sie machten die ganze Zeit hindurch keine Anstalten, selbst die eigenen Forderung nachdrücklich zu verteidigen. Im Gegenteil, sie haben durch ihre Haltung in Wort und Schrift den Interessen der Unternehmervorstellung geleistet, den hartnäckigen Widerstand der Hauptverwaltung gestärkt und dem staatlichen Schlichter einen Schieds-spruch in den Mund gelegt, der für Euch, Kollegen, eine Provokation bedeutet.

Während Ihr in den Versammlungen und Sitzungen gefordert habt:

- Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfennig,
- Abfassung der Dienstamtsvorschriften,
- Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes für das ganze Reich und
- Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit,

haben die Verbände im Interesse der Verwaltung sich nur auf die Forderung von sechs Pfennig die Stunde beschränkt.

Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes, sagt dazu in seinem Verbandsorgan vom 21. 4. 1929 wörtlich:

„Die Forderungen wurden auf das begehrenste Maß reduziert. Sechs Pfennig mehr pro Stunde, ohne jede Nebenforderung, dürfte genügend Zeugnis ablegen für Verunft und Mäßigung der Gewerkschaften. Selbst die so wichtige und im Interesse der Betriebsführung liegende Verkürzung der Arbeitszeit wurde zurückgestellt, um es der Reichsbahn nicht zu schwer zu machen.“

Der „Vorwärts“, das führende politische Organ der Freien Gewerkschaften, schrieb am 5. 4. 1929 u. a.:

„Sechs Pfennig werden gefordert. Könnte die Reichsbahn-hauptverwaltung wirklich kein Gegenangebot von drei Pfennig machen? Kann sie diese drei Pfennig wirklich nicht tragen?“

Nach diesen Auslassungen mußte es kommen, daß ein Schieds-spruch vor uns liegt, der besagt, daß die Stundenlöhne im 1. Wirtschaftsgebiet um vier, in den anderen Gebieten um drei Pfennig erhöht werden. Von der Arbeitszeit und der Abschaffung der drei Wirtschaftsgebiete ist keine Spur. In den Flugblättern hat der Bezirksleiter des Einheitsverbandes sich das Maul gegen die Opposition gerissen. Er hat erklärt, daß der Einheitsverband für die Befreiung des 1. Wirtschaftsgebietes kämpft.

Jetzt, nach der Wahl, ist von diesem sogenannten Kampf keine Spur zu sehen. Jetzt haben reformistische, christliche und gelbe Gewerkschaftsführer vor dem Unternehmer gekniet und haben den elenden Schieds-spruch angenommen.

Scheffel und Blättermann haben also Dank für eure Stimme bei der letzten Betriebsratswahl eure Interessen mit Füßen getreten. Sie stehen bei Dornmüller, beim Arbeitsminister Wiffel und dem kapitalistischen Staat.

Der elende Schieds-spruch ist um so ungeheurer, als er bis zum 31. Mai 1931 Gültigkeit haben soll. Zwei Jahre lang wollen Euch die sozialdemokratische Regierung und die Verbandsbürokratie an den Schand-spruch fesseln. Eure elende Lage soll verewigt werden.

Nach auf dem letzten Verbandstag des Einheitsverbandes in

Frankfurt a. M. am 18. Juni 1928 hat Scheffel in seinem Referat gesagt:

„Wir sind also nicht grundsätzlich gegen die Schlichtungs-ordnung, wir wenden uns aber gegen jeden Mißbrauch derselben, gegen eine falsche Anwendung, gegen Parteilichkeit, gegen lange Bindung, gegen die Knebelung der Gewerkschaften, dagegen, daß man den Gewerkschaften die Möglichkeit des Kampfes überhaupt nimmt.“

So sieht also das Doppelgesicht der Verbandsbürokratie aus. Zu den Kollegen gewandt in den radikalsten Tönen — gegen die Verwaltung freundlich, luschend, und die Interessen von Euch mit Füßen getreten.

Kollegen! Ihr müßt diesen Verrat, diese Doppelrolle erkennen. Ihr müßt diesen „Führern“ die richtige Antwort geben.

Lehnt den Schand-spruch ab und organisiert den Kampf um eure Forderungen!

Lehnt in Belegschafts- und Gewerkschafts-versammlungen Stellung. Bildet Kampfleitungen in den Betrieben.

Organisiert die Opposition in der Gewerkschaft und jagt diese Sorte von Führern davon. Sie stehen im Lager der Kapitalisten und haben bei der Klasse der Ausgebeuteten keinen Platz mehr. Schafft und stärkt die rote Klassenfront und kämpft

- für ein menschenwürdiges Dasein,
- gegen die Ausbeutung und Vereinerlichung,
- gegen die Dornmüller und Dames-Unternehmer,
- gegen die Koalitionsregierung und deren Schlichter,
- gegen die reformistischen Lakaien.

Die Kollegen der Opposition in den Gewerkschaften sind heute zu einer Konferenz verammelt und rufen Euch, Kollegen im Bezirk, auf, mit ihnen gemeinsam diesen Kampf aufzunehmen.

Oppeln, den 16. Juni 1929.

Bezirkskonferenz der oppositionellen Eisenbahner im Bezirk OS.“

Gleiwitz

Mühlenbrand

Sonntag früh brach in der Mühle der Firma Z u s e l & Co., Breitswiger Straße 29/31, Feuer aus, dem die gesamten Mühlenanlagen zum Opfer fielen. Als die Feuerwehr eintraf, fand die Mühle bereits in hellen Flammen. Das Feuer, das im Maschinens- und Einfüllhause ausgebrochen war, griff so rasch um sich, daß nichts mehr zu retten war. Die gesamten maschinellen Einrichtungen sind vernichtet. Der Schaden wird auf 300 000 Mark geschätzt. Mehrere Feuerwehrleute zogen sich Verletzungen und Verbrennungen zu. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Erwerbslosenkapital

Der Gleiwitzer Arbeitsmarkt hat infolge weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten eine Besserung erfahren. Nach dem letzten Wochenbericht des Arbeitsamtes Gleiwitz konnte die Zahl der Erwerbslosen aber nur um 150 Personen verringert werden, so daß noch 3440 Arbeitslose zu verzeichnen sind. Es sind zurzeit 3122 männliche und 318 weibliche Arbeitslose vorgemerkt. Hiervon werden 1847 männliche und 230 weibliche von der Arbeitslosenfürsorge, 418 männliche und 4 weibliche von der Krüpfelfürsorge betreut und 594 mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

Hindenburg

Öffentliche Quittung

Au der Unterstützung der Berliner Maiopfer durch Sammlungen der Roten Hilfe haben sich weiterhin beteiligt:

Belegschaft der Firma Silber, Hindenburg,	
zurzeit Vertriebs-schlichter, mit	20,50 Mf.
Ortsgruppe Pätzschau mit	38,— Mf.
Ortsgruppe Arensburg mit	8,— Mf.
Ortsgruppe Dobref mit	25,— Mf.

Genossen, sorgt für einen guten Abschluß der Sammelaktion zum 30. Juni 1929. Wir hoffen, daß sich noch alle Ortsgruppen, Belegschaften und Genossen an der Unterstützung der Maiopfer beteiligen. Für die bis jetzt eingelaufenen Sammelergebnisse sprechen wir im Namen der Maiopfer den besten proletarischen Dank aus.

Rote Hilfe, Bezirk Oberschlesien.

„Generaler“ macht Arbeiter brotlos

Vorige Woche fand vor dem Schöffengericht eine Verhandlung gegen zwei Arbeiter statt. Wer es war und um was es ging, tut nicht zur Sache. Die Dinge lagen jedenfalls so, daß selbst der Gerichtsvorsteher die anwesenden Pressevertreter ersuchte, im Interesse des Weiterkommens der Angeklagten ihre Namen in eventuellen Berichten nicht zu nennen.

Frei Walter Bischoff, der neue Rundfunkintendant

Die „Schlesische Rundfunk“ teilt mit: Frei Walter Bischoff, der bisherige künstlerisch-literarische Leiter der Schlesischen Sender, wurde zum Intendanten der Schlesischen Rundfunk ernannt, unter gleichzeitiger Berufung in den Vorstand der Gesellschaft. Der neue Intendant übernimmt die künstlerische Gesamtleitung. Es ist eines der Uebel des Rundfunks, seine Ernsthaftigkeit und künstlerische Bewusstheit durch die Übernahme von Titeln aus dem Theaterleben usw. demuten zu wollen.

Kommunistische Anfrage an den Magistrat

Die kommunistischen Stadtverordneten haben folgende Anfrage eingebracht: Wann gebent der Magistrat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Oktober 1928 betreffend die Herabsetzung der Mieten in den Neubau- und Siedlungswohnungen der Siedlungsgesellschaft Breslau A. G. durchzuführen?

Die Polizei ist machtlos

Trotzdem die Polizei Anweisung hat, nachts besonders scharf auf die ehemaligen Frontkämpfer zu achten, hat sie es nicht verhindern können, daß in den letzten Tagen in allen Stadtteilen an Häusern und Mauern geschrieben wurde: „Rot Front lebt!“ — An der Reichs-Dreher-Grabenstraße wurde außerdem noch eine Karikatur von Jörgel gemalt, die sich der besonderen Aufmerksamkeit der Vorübergehenden erfreut.

Partelarbeiter

Wichtige Sitzung aller Stadtteilleiter, Agitprop-Leiter der Stadtteile und Betriebszellenleiter von Breslau Dienstag 19.30 Uhr pünktlich im Sekretariat, Feldstraße 50. Restloses Erscheinen unbedingt erforderlich.

Kommunistische Bauarbeiter und Sympathisierende!

Kommen am Mittwoch, dem 12. Juni, um 18 Uhr, ins Büro, Feldstraße 50. Wichtige Besprechung!

Neue Hilfe-Funktionäre

Heute Dienstag Gesamtfunktionärsitzung im „Bergkeller“, Kleischlaustraße.

Strassenunfälle. Am Montag um 12.35 Uhr wurde an der Strassenkreuzung Ring-Schweidnitzer Straße der 84 jährige Generalleutnant a. D. von Widdendorff von einem Personentransportwagen angefahren und verletzt. — Der Bauunternehmer Josef Machate fuhr am Montag gegen 12.30 Uhr mit einem Fahrrad die Taschenstraße entlang, als er an dem Grundstück Nr. 3 zu Fall kam. Er kam dabei unter einen Liebestuhlwagen der Linie 24 zu liegen, wobei er erhebliche Verletzungen davortrug.

Achtung! Ueber die von uns bereits mitgeteilten Gebühren-erhöhungen veröffentlicht der Magistrat im heutigen Inseratenteil eine Bekanntmachung.

Mittelschlesien

Die Ohlauer Oberbrücke ist für den schweren Fuhrwerksverkehr gesperrt

Der Bauzustand der Ohlauer Oberbrücke ist recht bedenklich geworden. Eine Sachkommission hat festgestellt, daß der eine Strompfeiler neue Risse erhalten hat, die für die Brücke mit ihrem starken Verkehr eine große Gefahr bedeuten. Es kommt nur ein Neubau der beiden Strompfeiler in Frage, der etwa 4 bis 5 Monate dauern wird. Die Brücke wird noch in dieser Woche für den gesamten Fuhrverkehr gesperrt. Diese Maßnahme ist für weite Teile Schlesiens von großer Bedeutung, da der Verkehr nach der rechten Oberseite dann nur noch über die Brücke in Brieg oder Breslau bzw. durch die Lindener Fähre möglich ist.

Streifen. Selbstmord. Die erst 28 jährige Ehefrau des Ostrotter Sydell, des Richters der „Böhmlischen Bande“, wurde erhängt aufgefunden. Allem Anschein nach dürfte das Motiv zur Tat Schwermut sein, da sich die junge Frau nicht darüber trösten konnte, daß sie von ihren kleinen Kindern, einem Zwillingpaar, verlassen noch getrennt leben mußte.

Bernichtende Kritik an der Arbeit der SPD-Minister — Donzen gegen Donzen — Arbeiter schweigen resigniert

Breslau, 11. Juni.

Nachdem wir gestern auf den Bericht, den Eckstein vom Magdeburger Parteitag in der Generalversammlung der SPD gegeben hat, näher eingegangen sind, wollen wir heute zu den Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner Stellung nehmen. Hierbei ist zu beachten, daß bis auf einen, den zuerst sprechenden Bauarbeiter Goreski, Betriebsproleten überhaupt nicht das Wort ergriffen. Es redeten außer Organisationsangehörigen ein Landtagsabgeordneter, ein Professor, eine Stadträtin, zwei Stadträte und ein Regierungsrat. Das ist der Typ jener „Arbeiter“, deren Interessenvertretung die heutige Sozialdemokratische Partei ist.

Der schon oben erwähnte Goreski eröffnete die Diskussion. In seinen Worten kam noch am unverfälschtesten die Meinung derjenigen sozialdemokratischen Arbeiter zum Ausdruck, die noch nicht in das Korruptionsystem ihrer Partei verwickelt sind. Goreski fand erdichtete Worte über die Haltung der Minister, die, wenn sie erst einmal oben sind, sich alles erlauben, sich um kein Programm, um keine Beschlüsse kümmern, sondern das machen, was sie wollen, während der einfache Arbeiter nichts sagen darf, wenn er nicht riskieren will, rausgeschmissen zu werden. Vernichtend war sein Urteil über das Ergebnis der achtmonatigen Koalitionspolitik.

„Sie haben den Interessen der Arbeiter nicht im geringsten genügt, sondern auf allen Gebieten geschadet.“

Ihm antwortete der Landtagsabgeordnete Winger, der ihn wie einen vorlauten, unwillkenden Schulbuben abtanzelte. Als Vorbild stellte er Goreski den „rabulalen“ Eckstein hin, der nicht „ganz unbeteiligt“ vom Verlauf des Magdeburger Partitages sei. Ein „Bob“, das die sozialdemokratischen Arbeiter zum Nachdenken veranlassen sollte. Das Bemerkenswerteste an Wingers Rede war die Bemerkung, daß der Panzerkreuzer „vielleicht nicht die letzte Defektionsprobe“ gewesen sei. Winger wollte damit die sozialdemokratischen Arbeiter jart auf noch schlimmere Auswirkungen der Koalitionspolitik vorbereiten, was Professor Marx veranlaßte, als Nächster zu sprechen und seiner Besorgnis vor den Folgen derartiger „Belastungsproben“ Ausdruck zu geben. Der Mann kann heute noch immer nur mit größtem Unbehagen an die Tage zurückdenken, als auf Grund des standhaften Panzerkreuzerbeschlusses der SPD-Minister ein Sturm der Entrüstung auch durch die Breslauer SPD ging. Über Feigheit ist die dieser Art „Oppositionellen“ allen gemeinsame Charaktereigenschaft. Anstatt aus den Ankündigungen Wingers die Konsequenz zu ziehen, sollte Herr Marx sein rotes Schnupftüchlein betrübt zusammen, um mit demütigem Achselzucken zu erklären:

„Vorläufig werden wir unseren Refrain auf Ausritt aus der Regierung nicht singen können.“

Veihmann, ein strammer Richter, konnte nicht umhin, die „steterefreie Anleihe“ schlimmer als die Panzerkreuzer-Angelegenheit zu finden, während Stadtrat und Gewerkschaftssekretär Siegler im Gegensatz zu Eckstein meinte, die Tatsache, daß auf dem Parteitag über hundert nicht gewählte, jedoch

stimmberechtigte Delegierte anwesend waren, sei keineswegs „undemokratisch“. Der Mann hat recht! Denn auf den Verhandlungen der Gewerkschaften, auf den ADGB-Kongressen zeigt sich das selbe Bild. Auch dort wird die Stimme der Opposition erdrückt von einem nicht gewählten, sondern willkürlich bestimmten Hausen Angestellter. — Dann sprach Frau Ill-Eckstein, die zur allgemeinen Erhellung ihrem Gemann vorwärts, für Frauenfragen „nicht das richtige Verständnis zu haben“, worauf, der Partist zustimmend, wieder ein offener Richter zu Wort kam, dem sogar die erbärmliche Haltung der Breslauer Partitagsdelegierten noch als „Vollgewissens“ erschien. Es waren keineswegs Rosenamen, mit denen er die Polemik gegen die Delegierten führte. Der Verbandskassierer Stoye, ein auf Schwarzrotgold schwörmender „Linker“, belam es auch mit der Angst zu tun und rang sich nachstehenden Stohlfußler ab:

„Sichtbare Erfolge habe die Regierung bis jetzt nicht aufweisen können und wird sie auch in Zukunft kaum tun können. Die Steueranleihe sei ihr reaktionäres Werk.“

Worte ohne Konsequenz! Der gutbürgerliche Regierungsrat Hamburger hatte letztes Spiel mit den Eckstein-Biegler-Stoppe: Er verurteilte sie und ihre „Aktion“. Von Eckstein behauptete er, daß er eine durchaus „realistische Rede“ gehalten hätte und sagte ihm weiter, daß die „Breslauer Fraktionsgenossen im Stadtparlament bei der Verabschiedung des Etats die gleiche Verantwortung bewiesen, wie die Minister in Preußen und im Reich“. Außerdem meinte er, der Parteitag habe gezeigt, daß solche Linke wie Toni Sender und Kaufhäuser „beachtliche Rechte abwehungen“ (!) aufwießen.

Nachdem die Debatte bis hierhin geblieben war, machte sich in der Versammlung das Schlafbedürfnis bemerkbar, und man beschloß deshalb, die Diskussion abubrechen und ins Bett zu gehen. Ecksteins Schlusswort wurde kaum noch angehört; es war ja auch nicht wichtig. Auf eine Klarstellung der Dinge verzichtete er, weil dann die Prinzipienlosigkeit und Unkonsequenz seiner „Opposition“ offensichtlich geworden wäre. Nur eine Feststellung, die er zu dem Breslauer Statthalter machte, sei noch erwähnt. Er sagte: „Wenn wir im vorigen Jahre mit 25 sozialdemokratischen Stadtverordneten eine andere Haltung eingenommen haben, als dieses Jahr, so ist das auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir selbstergebe eine hoffnungslose Minderheit waren. Das heißt auf gut deutsch: Ist die SPD in einem Parlament eine Minderheit, dann wehrt sie gegen die „verbrecherische Politik“ des Bürgerblocks, und wird sie aus der Minderheit zur Mehrheit, dann macht sie die gleiche Politik, wie der Bürgerblock.“

Wir nennen so etwas Betrug. Herr Eckstein aber flüht, das wäre — Realpolitik!“

SPD-Arbeiter! Erkennt endlich den wahren Charakter der Partei, der ihr noch angehört! Die Diskussion in der Generalversammlung hat — wenn es die einzelnen Donzen-Redner auch nicht wollten — die Verbrechen der sozialdemokratischen Führer enthüllt. Wer jetzt noch in der SPD bleibt, macht sich an ihnen mit-schuldig!

Unsere Leser schreiben uns:

Auf Veranlassung der Postausweise bitte ich um Veröffentlichung nachstehender Zeilen über das Verhalten des Postinspektors Demuth (Postamt Weiße Ohle). Der Inspektor ist ein eifriger Förderer des Sportvereins Stephan. Seine Propaganda erstreckt sich hauptsächlich auf seine Amtstätigkeit. Die Mitglieder des Sportvereins bekommen sofort Beschäftigung. Es sind alles junge Leute, die alten, schon vor dem Kriege eingearbeiteten Familienväter werden beiseite gestellt. Selbst die Postkassner, denen die Leute zugeteilt werden, sind empört darüber und haben schweres Arbeiten mit diesen „Sportlern“. Was sagt die Oberpostdirektion zu der Willkür des Herrn Demuth? Ist sie damit einverstanden?

Höchst eigenartige Zustände herrschen bei den Notstandsarbeitern in den Ohwitzer Friedhöfen. Dort ist sage und schreibe eine Austrittsgelegenheit vorhanden, die zur Zeit des Großen Kurfürsten als Wort bezeichnet werden konnte. Und dabei sind dort circa 150 Frauen beschäftigt. Genau so, wie auf dem Kaiserhof exerziert wurde, exerzieren auf diesem sogenannten „Wort“ die Filiglaue. Trotzdem dies schon mehrmals zur Sprache gekommen ist, ist in dieser Angelegenheit bisher nichts geschessen.

Das Grundstück Sternstraße 47 ist voll von großen schwarzen Schwaben. Am meisten sind davon geplagt wir Mieter des vierten Stockwerkes. Die Schwaben kommen in der Nacht scharenweise aus den Bodenlammern. Früher wurde dieses Uebel durch den Kammerjäger beseitigt. Der heutige Wirt findet es nicht für nötig, das gleiche zu tun. Es ist wirklich nicht appetitlich, wenn 4 bis 5 Zentimeter lange

Schwaben auf Tischen und Büfeln herumlaufen, aber sie fallen in der Nacht von den Decken in die Betten. Jedes Kinderschlaf möchte umgebrocht werden, um nicht solch ein Vieh mit anzusehen. Es ist deshalb Hilfe wirklich nötig, da überall kleine Kinder sind und auch schulpflichtige, die schon Schwaben in der Wäscheküche mit in die Schule geschleppt haben. Wir erwarten bestimmt Hilfe durch das Gemeinheitsamt.

Die Mieter.

Im Sprechsaal der „Neuesten Nachrichten“ war dieser Tage eine Beschwerde darüber zu lesen, daß die Kinder in der Straßenbahn alten Leuten nicht die von ihnen besetzten Plätze anbieten. Ich will nichts dagegen sagen, sondern finde das durchaus für richtig, daß Kinder wirklich alten, kranken Leuten Platz machen. Über die Nacht in den „Neuesten“ will das ja gar nicht. Sie ist eines jener heuchlerischen Erzeugnisse, die für diese Sorte „Einsender“ bezeichnend ist. Erstens glaubt man, daß nicht nur die Kinder, sondern auch ältere Arbeiter sofort von ihren Plätzen aufspringen haben, wenn irgend ein Junge, den ganzen Tag faulenzendes Dämchen aus Versehen mal statt ihres Autos die Straßenbahn benutzt. Bleibt man aber — wie es richtig ist — in diesem Falle sitzen, hat man keinen „Anstand“, ist man unritterlich. Aber nochtwas anderes muß in diesem Zusammenhang gesagt werden: Wo ist der Einsender gewesen, als in Berlin alle Leute mit dem Gummitüppel traktiert, ja sogar erschossen wurden? Hat er da auch seine Stimme erhoben und verlangt, man solle „das Alter ehren“? M. G.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband
Breslau
Gruppe West. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Kuglerheim“, Leuthenstraße. Mitgliederbücher und Wartengelber sind mitzubringen.
Gruppe Ost (Süd). Mittwoch 20 Uhr: Eugen Ledine-Feller (öffentlicher Gruppenabend) im Lokal Berger, Sedan, Ecke Reudorfstraße. Gäste willkommen.
Gruppe Nord. Mittwoch 19 Uhr 6 Uhr an bekannten Betrieben!

Jung-Spartakus-Bund
Breslau
Gruppe Ost, Seite 1 (Südwest). Mittwoch 17 Uhr: Heimabend bei Berger, Sedan, Ecke Reudorfstraße. Gäste willkommen.
Achtung! Jungpioniere! Wer den Raubversteherflug mitmacht, bringt 25 Pf. in den Heimabend mit!
Gruppe „Zentrum“, Seite 2 (Südost). Dienstag 17 Uhr: Heimabend bei Funtz, Postenstraße 12. Gäste willkommen.
Gruppe „Süd“ (West). Dienstag 18 Uhr: Heimabend im „Kuglerheim“, Leuthenstraße.

Alter Frauen- und Mädchenbund
Breslau
Abt. 1. Mittwoch 20 Uhr bei Raps, Mariannenstraße, Versammlung.
Konkige Organisationen.
Breslau
Rote Hilfe. Mittwoh 19.30 Uhr: Mitgliederbesprechung. Subertus-Ecke, Friedrich-Wilhelm-Straße 92. Thema: Bericht von der Bezirkskonferenz.
Kriegsband der Arbeiter. Besit Eckstein. Die Versammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat bei Mutter, Wallonstraße 21. 20 Uhr statt. Als Besit: Zahlreiche Mitteilungen erkrankter Soldaten. Dienstag 17 Uhr: Politische Veranstaltung im „Kuglerheim“, Leuthenstraße. Bericht von der Konferenz des Ost- und West-Bezirks.
Breslau. Arbeiter-Schulungskomitee. Dienstag: Uebungsabend aller alt. Schüler. Jeder hat 0,25 Mark mitzubringen.
Breslau. Reichsbannerjugend. Dienstag 19.30 Uhr im „Bläse“, Kolonnen-Platz. Vortrag: Kollege Ragner. Alle Jugendfreunde werden aufgefordert, zu erscheinen.

Einen Tag Erholung

und Freude für jung und alt bietet die
Rote Presse-Fahrt
am Sonntag, dem 16. Juni. Abfahrt um 5.30 Uhr von der Freiheitsbrücke nach Pleßschwitz-Margareth. Preis für die Hin- und Rückfahrt 1,00 Mark, Kinder 25 Pf. Karten bei allen Kolporturen der „Arbeiter-Zeitung“.
(Schluß des redaktionellen Teils.)

Haarpflege in drei Stufen. So macht's Spaß und ist außerdem gesund: Jede Woche einmal Haare waschen — aber ja nicht mit Seife, die schadet dem Haar, sondern mit „Schwarzkopf-Schampoo“, „Extra“. — Erfolg: immer hübsch, lockend, federnd, schimmerndes Haar. — Für alle Schuppen und auf diesen „Schwarzkopf-Extrakt-Schampoo“ die Haare waschen ohne Wasser. — Erfolg: in drei Minuten ist das Haar wie frisch gewaschen und pflichtfertig. — Für täglichen Haarpflege ein bestmögliches Reibungsmittel für Kopf und Kopfhaut: „Schwarzkopf-Spezial-Haartwasser“. — Erfolg: wundervolles Gefühl der Frische, Verhütung von Haartranspiration und Haarausfall.

Die werktätige Frau

Ernt aus den Mai-Ereignissen

Die Merkat von Jürgel ist doch auch ein Frauen nicht spurlos vorübergegangen. Manche Proletarierfrau wartete mit Spannung auf die „Arbeiter-Zeitung“, um die Ereignisse von Berlin zu lesen. Wofür sind denn unsere Brüder gemordet worden? Habt ihr euch noch nie darüber Gedanken gemacht? Wollen wir das zulassen? Wollen wir Frauen uns nicht endlich in die proletarische Abwehrfront einreihen? Ja, wir wollen es und wir müssen es, denn das sind wir uns und unseren toten Brüdern schuldig. Laßt euch von den Schwarzen nicht einschüchtern mit Himmel und Seligkeit, denn die glauben doch selbst nicht daran. Sie sind doch nur vom Staate angestellte Verdummungsbeamte. Wie Jürgel die Arbeiter morden läßt, wollen diese Schwarzen auch für die Ausbeutung gefügig machen. Ihr dürft euch das nicht gefallen lassen. Unsere toten Brüder rufen auch euch zu: **Einheit in die kommunistische Partei, denn nur sie führt euch zum herrlichen Befreiungskampf!**

Genosin S. P., Oppeln DE.

Amerika duldet nur triegsbegeisterte Frauen

Das amerikanische Oberste Bundesgericht entschied Ende Mai, daß im Ausland geborene Frauen, die sich weigern, zur Verteidigung der amerikanischen Regierung Waffen zu tragen, das amerikanische Bürgerrecht nicht erwerben können. Es handelt sich hier speziell um den Fall der bekannten ungarischen Pazifistin Rosita Schwimmer, die juristisch in Chicago wohnt. Sie hatte bei der Naturalisationsprüfung erklärt, nicht zu den Waffen zu greifen, um die amerikanische Bundesverfassung zu verteidigen. Deshalb konnte die Frau nicht die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben.

Damit dokumentiert Amerika, daß im kommenden imperialistischen Kriege nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen zum Kriegsdienst herangezogen werden sollen. Alles Gerede von Abrüstung und Friedensverträgen erweist sich also als purer Schwindel, wie die Kommunisten das immer gesagt haben. Um den Frieden endgültig zu sichern, muß die proletarische Frau Seite an Seite mit der gesamten Arbeiterschaft für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfen. Dann erst wird es keine Kriege mehr geben.

Frauen werden für den Ostkrieg ausgebildet

Wie haben die Imperialisten aller Länder geschrien, als im vorigen Jahre am 1. Mai in Moskau bei den Demonstrationen Frauen mit Gasmasken aufmarschierten! „Kriegsvorbereitungen der Bolschewisten!“ — Sogar die Arbeiterinnen werden für den Ostkrieg ausgebildet! So zeternten sie. In Wirklichkeit versuchen auch die Kapitalisten alles, um die Frauen für die Kriegsvorbereitungen zu gewinnen und sie besonders im Ostkrieg auszubilden. Das holländische Rote Kreuz veranstaltete z. B. in der letzten Zeit große Paraden, auf denen Frauen mit Gasmasken aufmarschierten. Bekannt ist ja auch

das französische Millitärgesetz, das danach trachtet, die gesamte Bevölkerung, vom kleinen Kinde, das noch zur Schule geht, bis zu den Aeltesten, zu militarisieren und im Gebrauche aller Waffen zu üben. Darunter sind selbstverständlich auch alle Frauen und Mädchen.

Als in Genf auf der Arbeiterkonferenz die sowjetrussischen Vertreter ganz radikale Abrüstungsvorschläge machten, ernteten sie damit nur den Hohn der gesamten Imperialisten. Die stärkste Ausrüstung in allen kapitalistischen Ländern war die Antwort auf das Friedensangebot der Sowjetunion. Alle diese Ausrüstungen werden nur zu dem Zweck gemacht, im günstigsten Moment die Sowjetunion anzugreifen und den ersten Arbeiterstaat, den Vort der revolutionären Arbeiterschaft der ganzen Welt, niederzuschlagen. Wir sind der Meinung, daß die Sowjetunion nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, sich mit allen Mitteln gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu schützen. Und in dem Kampfe gegen den Weltkapitalismus werden alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Seite der Sowjetunion stehen.

Das proletarische Kind im preussischen Kultus-Staat

Die Sozialdemokraten lehrten zusammen mit allen bürgerlichen Parteien bei der zweiten Lösung des Unterrichtsstaatsplanes den Antrag der Kommunisten, 88 Millionen für kirchliche Zwecke zu streichen, ab. Dadurch haben sie gleichzeitig die Verwendung dieser Mittel für Kinderpeisung in der Schule, Waldverholungsheime, Verbesserung der hygienischen Einrichtungen, Kindergärten, freie Lernmittel,

abgelehnt. Für diese Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Kinder ist überhaupt kein Posten im gesamten Etat für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, für den insgesamt 750 Millionen Mark ausgeworfen wurden, vorgesehen.

Ein zweiter kommunistischer Antrag forderte wenigstens 15 Millionen Mark für freie Lernmittel im nächsten Etat. Wer was geschah? Verweigerung an den Unterrichtsbauschuß, d. h. ehrenvolles Begrüßung! Die Prügel- und Arreststrafen bleiben jedoch bestehen! Die Sozialdemokraten haben mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Koalitionskollegen einen Antrag auf Abschaffung der Prügelstrafe im Plenum erst gar nicht gestellt. Das blieb den Kommunisten überlassen. Natürlich verfiel der Antrag der Wohnung.

Den Kommunisten gelang es nur, zu verhindern, daß der niederträchtige Zentrumsantrag zur Annahme gelangte, der sogar den jähren Erlaß vom 20. März 1928 auf Einschränkung der Prügelstrafe (in den beiden unteren Klassen, bei Mädchen, und für Fehlleistungen soll nicht mehr geschlagen werden) revidieren wollte.

Ein besonderes Schandstück leisteten sich die Jürgel-Sozialisten, indem sie mit den anderen bürgerlichen Parteien den folgenden Antrag der Kommunisten ablehnten:

„Die zwangsweise Vorführung durch die Polizei bei Schulversammlungen ist nicht geeignet, die tieferen sozialen und biologischen

Ursachen der Schulverweigerung zu beheben. Wohl aber widerspricht sie allen pädagogischen Gesichtspunkten und ruft mit Recht die größte Erbitterung bei Eltern und Schülern hervor.“

Das Staatsministerium wird ersucht, zu veranlassen, daß bei Schulverweigerungen die Schulaufsichtsbehörde nicht befügt ist, bei der Ausführung zur Schule die Polizei in Anspruch zu nehmen. Das Gesetz über die Schulpflicht vom 1. April 1928 ist in diesem Sinne abzuändern.“

Dagegen stellten sich die Sozialdemokraten (führend vor die Arbeiterpartei) und stimmten den folgenden kommunistischen Antrag — wieder im Einvernehmen mit allen bürgerlichen Parteien — nieder:

„Das Staatsministerium wird beantragt, bei der Stellungnahme zum neuen Strafgesetz im Reichsrat dafür zu wirken, daß Arbeitgeber, Dienst- und Lehrherren, die schulpflichtige Kinder mit Erwerbsarbeit beschäftigen, mit Gefängnis bestraft werden.“

Es kann nicht genügend getan werden, um das schamlose Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in allen diesen Fragen vor der breiten Arbeiteröffentlichkeit zu brandmarken. Gerade die Sozialdemokraten spielen sich ja in den Delegationskonferenzen, in der Freien Schulgesellschaft usw. als die alleinigen Hüter des Fortschrittes auf. In der Praxis zeigt sich aber immer wieder, daß sie ihren zentruntsüchtigen Freunden zuliebe gerade in Schlußfragen immer wieder mit der schwächsten Reaktion Hand in Hand gehen.

Die Frau und die Kirche

Was haben sie miteinander zu tun?

„Durch das Weib ist die Sünde in die Welt gekommen.“ (1. Bf.)

Die Pfaffen nennen die Frau: „Werkzeug des Satans“, „Pforte des Teufels“, „Gefäß der Sünden.“

„Es ist dem Menschen gut, daß er kein Weib berührt, aber um der Sünde willen habe jeder sein eigenes Weib.“ (1. Kor. 7, 1.)

„Und dein Weib soll deinem Mann unterworfen sein, und er soll dein Herr sein.“ (1. Moses 3, 16.)

„Die Weiber seien untertan ihren Männern als dem Herrn, denn der Mann ist das Weibes Haupt.“ (Eph. 5, 22.)

„Dem Manne steht zwar im allgemeinen ein Zuchtigungsrecht gegenüber seiner Frau zu.“ (Prof. der Theologie Goeppfert, Würzburg.)

„Du sollst mit Schmerzen Kinder gebären.“ (1. Moses 3, 16.)

„Zu bebauern ist es, daß nicht die meisten bei diesen Prozeduren eingehen. Erfreulicherweise kommt ja ein erheblicher Prozentsatz moderner Berlinerinnen zur Strafe für ihre Fruchtbarkeitsereien und künstlichen Fehlgeburten in diesen sogenannten Wochenbetten um. Es ist zu bedauern, daß immer noch viel zu viele dieser unnützen Weiber am Leben bleiben, um ihr suchwürdiges Wesen weiter zu treiben.“ (Pastor Lepsius in „Reformation“.)

Weide haben also nichts miteinander zu tun! Deshalb heraus aus der Kirche, melde die Kinder vom Religionsunterricht ab!

(Text ist dem „Gottlosen“ entnommen, dem Organ der Freidenker-Opposition.)

Breslauer

Johnannisfest

Das Fest der schlesischen Heimat, von Sonnabend, den 15. — 30. Juni 1929, mit dem

„Schlesischen Himmelreich“

Eröffnung: Sonnabend, mittags 2 Uhr

Niegelebene Schaustellungen!
:: Täglich große Sportkämpfe ::

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf.
Elitetage (Sonn- u. Donnerstag) „ 50 Pf., „ 20 Pf.

Dauerkarten für alle Tage gültig:
Erwachsene 2.50 Mk., Kinder 1.— Mk. — Vorverkauf bei Barack

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 8. 6.
bis Sonnabend, den 15. 6.
täglich 20.15 Uhr
Saisonverkauf 1929
Kasse im Lobe-Theater
in 12 Bildern
Legte: Max Ophüls
Musik von Harry Kalton

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 8. 6.
bis Sonnabend, den 15. 6.
täglich 20.15 Uhr:
Der Mann, der seinen
Namen änderte
Stück in 3 Akten
von Edgar Wallace, deutsch
von Hans Kothe

Erhöhung des Preises für Gas, Wasser und elektrischen Strom.

Die städtischen Körperschaften haben bei Feststellung des Stadthaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 beschlossen, den Preis für die Wertgebühren wie folgt festzusetzen:

für 1 cbm Gas	0.21	Rm.
1 Wasser	0.25	„
1 kWh Strom z. Beleucht.	0.50	„
1 „ Strom z. Kraftübertragung innerhalb der Sperrstunden	0.50	„
1 „ Strom z. Kraftübertragung außerhalb der Sperrstunden	0.26	„

Die neuen Preise gelten mit rückwirkender Kraft bis zu einem Monat vom Tage dieser Bekanntmachung ab. Sie werden bereits bei allen Ablesungen vom 10. Juni 1929 ab berechnet werden.

Breslau, den 7. Juni 1929
Der Magistrat
Rath, Dr. Friebel

Die Monikische Gemeinde

veranstaltet am Mittwoch, dem 12. Juni 20 Uhr, einen

öffentlichen Vortrag

im Saal, Grünstraße 14/16, über das Thema: „Voltaire und Feuerbach, zwei Vorkämpfer des freien Gedankens.“

Redner: Dr. Felix Feldmann, Bremen.
Alle Genossen und Freidenker sind eingeladen.
Eintritt frei!

Sonntag, den 16. Juni 1929

Reichs- Arbeiterporttag

verbunden mit dem
Bezirksfest der Kraftsportler
auf dem Stadion in Hermsdorf

Programm:
Sonnabend, 16 Uhr: Leichtathletik der Schüler in allen Sparten

Sonntag früh: Weiden
7 Uhr: Beginn der Leichtathletik der Senioren
8 Uhr: Abwiegen der Konkurrenten
9 Uhr: Beginn der Kämpfe: Seben u. Ringen
10 7 Uhr: Fußballspiele
12 Uhr: Mittagpause
13 Uhr: Antreten zum Festzuge in Westend
Nachher: Fortsetzung der Kämpfe: Seben, Ringen, Bogens, Stosstenläufe, turnerische Vorführungen, Reigen der Radfahrer, Hand- und Fußballspiele.

Eintritt für Erwachsene 30 Pf., Kinder in Begleitung frei, sonst 10 Pf.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Festausichuß

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 56300
Täglich 20 Uhr
Gastspiel
des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike

Sie verdienen täglich

10 Mark
mit Schnitzmesser
Nur persönl. kommen

Reste

in Serge, Mittel, Leinwand, Acemelster, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kerseiche, Erdal, alles sehr billig prima Ware
Detail und Congress
Barth. Lippert
Breslau
Friedrichstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Weißbergergasse 43

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Dienstag, 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 21
In vollständiger Neuinszenierung.
Der Ring des Nibelungen
2. Tag
Giegfried
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 21
Der Zigeunerbaron
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 21
Der Zigeunerbaron

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein

Die Auszahlung der Sozial- u. Kleinrentnerunterstützung erfolgt für die Stammgemeinde Weißstein sowie für den Ortsteil Neu-Salzdamm am

Donnerstag, dem 13. Juni 1929
vormittags 9—11 Uhr

in der hiesigen Gemeindehauptstasse.

Weißstein, den 8. Juni 1929

Der Gemeindevorsteher
Sertwig

Rechts- u. Steuer- Beratung

Renten-, Straf-,
Ehesachen usw.
Rechtsauskünfte
Lohnsteuer-
Erstattungs-
anträge für 1928

werden sachgemäß
und billig erledigt

bei

Rudolf Dux

Waldenburg

Ring 2

(Eingang
am Zeitungsstand)

Inserate

haben in unserer
Zeitung

besten
Erfolg

haben in unserer
Zeitung

besten
Erfolg

haben in unserer
Zeitung

besten
Erfolg

haben in unserer
Zeitung

besten
Erfolg

Genossen! Berücksichtigt beim Einkauf von
Waren nur unsere Inserenten!

Grünberg

August Litke
Viele Bezugsquellen von Trauben- und Beerenweinen, Spirituosen aller Art.
Trinkt die wohlbedimmlichen Grünberger Bergschloß-Biere

Großes Lager reeller Schuhwaren
W. Jierut, Niederstraße 10/11
Käse, Tricotagen, Strümpfwaren
Theodor Hildebrandt, Berliner Str. 4

Leinhausen, E. Herrmann
57 Berliner Straße 57
Karl Küllers, Berliner Straße 17
Gustav Staub, Ring 35

Photo-Gasse / Breite Straße 15
Kaufhaus Borstein
Paul Mohr, Nebelstraße 10a

Jng. W. Bielefeldt
Rudolfachengasse :: Elektroartikel
Stuhrmann
Ring 21/22

O. Pose Nachf.
W. Zillmer
Walter Germer
Breite Str. 21

Beerdigungs-Institut
Paul Kleint
Breitestr. 74

W. Grau
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe

Spielwaren
Frankwe
F. Lieblich
Ring 10

Roßschlächtere
Lederwaren
Spez. Geschnitt

Sagan

Jda Seifert Nachf.
Ernst Ramtke
Schuhwaren
Keplerstr. 55

Alois Hampel, Waldenburger Straße
GEBRÜDER AUDORFF
Carl Unger, Keplerstraße 20

Fahrrad-Schulz
Fritz Skupin, Ring 35
Brauerei „Zivoll“

„Deutscher Kaiser“
Zentral-Molkerei
Trinkt einheimisches Bier

Die Saganer
Zentral-Molkerei
Brandt & Wegner / Sagan

Landsberg (Schles)
Georg Hönne
Paul Schiner
Ausflugslokal Burgberg

Hirschberg-Cunnersdorf
Erich Haabe
Hirschberg Rsd.
R. Wolfsdorf

Hirschberg
E. Türke
Julius Flade & Sohn
Schmiedeberg
Johann Lindner

Petersdorf
Germann Lichter
Fritz Bernis
Günther Girt

Münsterberg
Trinkt einheimisches Bier
HUTBAZAR WENSKE
Fritz Kunisch

GUSTAV HAACKE
Damen- u. Herrenbekleidung
Brauhaus

Herrmann Hirschfeld
Textilwaren jeder Art
Rosa Kluge

Glogau
E. Lindner, Lange Str. 17
Lauban
Emil Bochmann

Neusalz a. d. O.
August Anebel
Friedrichstraße 29

Neusalz a. d. O.
August Anebel
Friedrichstraße 29

Billig und gut kaufen Sie
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung, Wäsche, Trikotagen, Wollwaren, Berufsbekleidung bei Adolf Schindler, Markt 36